Übertrag Kommentar Gemeindeordnung
 Bracker / Dehn 10. Juli 2013
 GO - Kommentar §§ 47d, 47e

Zu Absatz 3

Mit der **Regelung über die Öffentlichkeit der Beiratssitzungen** soll dokumentiert werden, dass Beiräte in den demokratischen Willensbildungsprozess auf kommunaler Ebene eingebunden sind. Die Vorschrift entspricht der Regelung für Ausschüsse. Die Verweisung auf § 46 Abs. 8 Satz 2 GO hat zur Folge, dass der Beirat die Öffentlichkeit auszuschließen hat, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Die Vorschrift verlangt nicht, dass anstehende Beiratssitzungen örtlich bekannt zu machen sind.

Nachdem durch die Gesetzesnovelle 2012 (GVOBl. S. 371) geregelt wurde, dass die Ausschüsse der Gemeindevertretung und die Ortsbeiräte grundsätzlich öffentlich tagen, bleibt die Frage offen, aus welchen Gründen im Falle der sonstigen Beiräte unverändert durch die Beiratssitzung bestimmt werden kann, dass der Beirat nicht öffentlich tagt. Dass die Streichung dieser Vorschrift unterblieben ist, dürfte ein Versehen des Gesetzgebers sein.

§ 47e

Stellung der sonstigen Beiräte

- (1) Der Beirat ist über alle wichtigen Angelegenheiten, die die von ihm vertretene gesellschaftlich bedeutsame Gruppe betreffen, zu unterrichten. Die Geschäftsordnung der Gemeindevertretung bestimmt die Art der Unterrichtung.
- (2) Der Beirat kann in Angelegenheiten, welche die von ihm vertretene gesellschaftlich bedeutsame Gruppe betreffen, Anträge an die Gemeindevertretung und die Ausschüsse stellen. Die oder der Vorsitzende des Beirats oder ein von ihr oder ihm beauftragtes Mitglied des Beirats kann nach dessen Beschlussfassung an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse in Angelegenheiten, die die von ihm vertretene gesellschaftlich bedeutsame Gruppe betreffen, teilnehmen, das Wort verlangen und Anträge stellen.
- (3) Der Beirat regelt seine inneren Angelegenheiten, insbesondere den Ablauf der Sitzung, durch eine Geschäftsordnung, soweit dieses Gesetz und die Satzung (§ 47d) keine Regelung enthalten.

Erläuterungen

Zu Absatz 1

1. Ist ein Beirat durch Satzung errichtet worden, so trifft die **Gemeinde die Rechtspflicht**, diesen über bedeutsame Dinge, die die jeweilige gesellschaftliche Gruppe betreffen, in Kenntnis zu setzen; die Unterrichtungspflicht bezieht sich nicht auf Routineangelegenheiten. Damit soll zu einer effektiven und möglichst erfolgreichen Arbeit des Beirates beigetragen werden. Die Unterrichtung hat d. Bürgerm. vorzunehmen; eine Vertretung durch Mitarb. der Gemeindeverwaltung ist möglich. Anders als im Falle des § 36 Abs. 2 GO können die Mitglieder des Beirates einer Vertretung d. Bürgerm. nicht widersprechen. Hätte der Gesetzgeber dies gewollt, so hätte er dies ausdrücklich normieren müssen. Die Unterrichtung kann sowohl schriftlich als auch mündlich erfolgen. Die Unterrichtung sollte so früh und so umfassend wie möglich erfolgen, um dem Beirat eine wirksame Mitwirkung an den kommunalpolitischen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen. Näheres zur Art der Unterrichtung regelt die nach § 34 Abs. 2 GO zu erlassene Geschäftsordnung für die Gemeindevertretung.
2. Die Unterrichtungspflicht steht in unmittelbarem inhaltlichen Zusammenhang mit dem Antragsrecht des Beirates gegenüber der Gemeindevertretung und den Ausschüssen sowie dem Teilnahme- und Rederecht d. Beiratsvorsitzenden in Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse. Der Gesetzgeber hat damit den Beiräten wesentliche Mitwirkungsbefugnisse in der Phase der Willensbildung eingeräumt. Diese Mitwirkungsbefugnisse hängen entschei-

§ 47e GO – Kommentar

dend davon ab, dass die Unterrichtung inhaltlich richtig und vollständig erfolgt. Aus diesem Grunde weist die Sachentscheidung einen **formellen Rechtsmangel** auf, wenn eine erforderliche Unterrichtung unterbleibt oder fehlerhaft bzw. unvollständig erfolgt.

Zu Absatz 2

1. Der Beirat hat kraft Gesetzes Antragsrechte in der Gemeindevertretung und in den Ausschüssen. Die Anträge werden durch Beschluss des Beirates formuliert. Derartige Antragsrechte können sich aber nur auf Fragen beziehen, die einen direkten Zusammenhang zu der gesellschaftlich bedeutsamen Gruppe aufweisen; es handelt sich also nicht um ein allgemeines Antragsrecht, wie es den Gemeindev. zusteht. Das Antragsrecht hat inhaltlich zum Gegenstand, dass der Beirat – wie im Falle eines Beschlussantrages – die Gemeindevertretung bittet, eine bestimmte Sachentscheidung zu treffen. Die Gemeindevertretung kann dies nicht ablehnen, sondern ist verpflichtet, sich mit der Sache zu beschäftigen. Eine Frist hierfür besteht nicht.

Weist die Tagesordnung der Gemeindevertretung einen Tagesordnungspunkt, unter dem der Antrag behandelt werden kann, nicht aus, so ist d. Vors. verpflichtet, einen entsprechenden Beratungsgegenstand aufzunehmen. Anderenfalls könnte das Antragsrecht des Beirates durch entsprechende Gestaltung der Tagesordnung unterlaufen werden.

2. Das **Teilnahmerecht d. Vors. des Beirates an Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse besteht kraft Gesetzes**. Es bezieht sich auch auf nicht öffentliche Sitzungen. Das ist unbedenklich, weil die Betreffenden als ehrenamtlich Tätige der Verschwiegenheitspflicht nach § 21 GO unterliegen (vgl. oben Erl. 3 zu § 21 Abs. 2 GO). Das Teilnahmerecht besteht, wenn der Beirat zuvor in der jeweiligen Angelegenheit Beschluss gefasst hat und gilt nur für die Tagesordnungspunkte, unter denen Sachen erörtert werden sollen, die die gesellschaftliche Gruppe betreffen. Im Zweifel entscheidet hierüber die Gemeindevertretung bzw. der Ausschuss durch Beschluss. Neben dem Teilnahmerecht hat d. Vors. Rede- und Antragsrechte. D. Vors. kann ein anderes Beiratsmitglied mit der Vertretung beauftragen.

3. Die Antragsrechte sowohl des Beirates selbst als auch die d. Vors. beziehen sich ausschließlich auf Sachanträge. Verfahrens- oder Geschäftsordnungsanträge können nicht gestellt werden. Da sich derartige Anträge auf den Ablauf der Sitzung beziehen, können sie nur von Mitgliedern der Vertretungskörperschaft eingebracht werden.

Bei der Ausübung des Antragsrechts d. Beiratsvors. unterliegt diese/r einer **Loyalitätspflicht** gegenüber dem Beirat. Diese verbietet es d. Vors., Anträge zu stellen, die einem Antrag des Beirates zuwiderlaufen oder diesem eine andere Richtung geben.

4. Nach dem Wortlaut der Vorschrift besteht das Teilnahme-, Rede- und Antragsrecht nur, wenn sich der Beirat zuvor mit der Sache beschäftigt und hierzu Beschluss gefasst hat. Eine vorherige Beschlussfassung des Beirates ist dann nicht möglich, wenn erst im Verlauf der Beratungen der Gemeindevertretung oder eines Ausschusses deutlich wird, dass die Belange der betroffenen gesellschaftlichen Gruppe berührt sind. Das hätte zur Folge, dass die Beratungen zurückgestellt werden müssten, um dem Beirat die Möglichkeit zu einer Beschlussfassung zu geben. Damit wären Verzögerungen verbunden, die nur bei bedeutsamen Entscheidungen zu rechtfertigen sind. Dem sollte dadurch begegnet werden, dass den Beiratsvorsitzenden auf der Grundlage von § 16c Abs. 2 GO die Möglichkeit eingeräumt wird, als Sachverständige oder Betroffene an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse teilzunehmen und ihre Meinung zu äußern. Dazu bedarf es einer ausdrücklichen Beschlussfassung durch die Gemeindevertretung.

Zu Absatz 3

Regelungsbedürftige Sitzungs- und Organisationsfragen kann der jeweilige Beirat durch eine eigene Geschäftsordnung festlegen. Dabei sind die Satzungsbestimmungen über die Grund-

Änderung der Richtlinie für Zuwendungen an Baumschulbetriebe in Wasserschutzgebieten

– Berichtigung –

Bekanntmachung der Ministerin für Natur und Umwelt
vom 1. August 1994 – XI 400 a/5201.70 –

In meiner Bekanntmachung vom 4. Mai 1994 (Amtsbl. Schl.-H. S. 212) muß der Einführungsabsatz richtig lauten:

„Baumschulbetriebe, deren Flächen sich in Wasserschutzgebieten befinden, können für die Nachteile infolge von Anwendungsverböten oder -beschränkungen von Pflanzenschutzmitteln keinen Ausgleichanspruch gemäß § 19 Abs. 4 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) geltend machen, weil die Anwendungsverböte bzw. -beschränkungen nicht ausdrücklich in der Wasserschutzgebötsverordnung angeordnet werden (§ 19 Abs. 4 i.V.m. Abs. 2 WHG), sondern auf § 3 Abs. 2 Pflanzenschutz-Anwendungsverordnung vom 10. November 1992 (BGBl. I S. 1887), geändert durch Verordnung vom 3. August 1993 (BGBl. I S. 1455), beruhen.“

Amtsbl. Schl.-H. 1994 S. 446

Einrichtung und Beteiligung von Seniorenbeiräten im Lande Schleswig-Holstein

Gl.Nr. 2020.4

Runderlaß des Innenministers
vom 2. August 1994 – IV 3301 – 160.110.4 –

Immer mehr Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein erreichen ein hohes Lebensalter. Dafür sorgen sozialer und medizinischer Fortschritt und auch gesundheitsbewußte Lebensweise. Diese Entwicklung empfinden die älteren Menschen selbst als eindeutig positiv, und für die Jüngeren ihrerseits können die Begegnungen mit der größeren Lebenserfahrung der Älteren sehr bereichernd sein. Aber diese Veränderung der Alterspyramide unserer Bevölkerung (rd. 1/5 der Gesamtbevölkerung des Landes ist älter als 60 Jahre) bringt Probleme mit sich, die politisch erkannt und gelöst werden müssen.

Es gibt genügend wichtige Gründe, die ältere Generation mehr als bisher in den Mittelpunkt des gesellschaftlichen Lebens und politischer Ziele zu stellen. Neben dem Ungleichgewicht der Generationen und der unverändert problematischen Einkommenssituation eines großen Teils der Ruheständlerinnen und Ruheständler ist zugleich die Situation der älteren Menschen gekennzeichnet durch einen Wandel hin zu

einem größeren Selbstbewußtsein, zu Forderungen nach Selbstverwirklichung, Integration, Aktivierung und Teilhabe an der gesellschaftlichen Entwicklung. Die Landesregierung läßt sich daher von dem Grundsatz leiten, daß Politik für die ältere Generation künftig viel intensiver als bisher mit ihr zusammen entwickelt und gestaltet werden muß, damit ein Bruch zwischen den Interessen der Generationen verhindert wird. Es wird deshalb auch positiv aufgenommen, daß die politischen Parteien und auch andere gesellschaftliche Gruppen versuchen, die Erfahrungen und das Wissen der Älteren für ihre Arbeit heranzuziehen und ältere Menschen verstärkt zur aktiven Mitarbeit zu motivieren. Zur Erreichung dieser Ziele sind auch in der kommunalen Selbstverwaltung die vorhandenen rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen und neue Wege zu erschließen. Die Landesregierung schlägt daher den Gremien der kommunalen Selbstverwaltung vor, eine konstruktive Beteiligung älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger bei der Beratung und Entscheidung der sie betreffenden Angelegenheit zu ermöglichen. Ein geeigneter und bereits erfolgreich erprobter Weg ist die Bildung kommunaler Seniorenbeiräte, für deren Einrichtung und Beteiligung ich im Einvernehmen mit der Ministerin für Arbeit, Soziales, Jugend und Gesundheit des Landes Schleswig-Holstein folgende Hinweise gebe:

1 Seniorenbeiräte werden durch die kommunale Körperschaft als Gremium unterhalb der Ausschußebene gebildet. Die Bildung von Seniorenbeiräten der kommunalen Körperschaft erfolgt durch Beschluß der Vertretung, durch Satzung oder durch Verwaltungsentscheidung. In den Fällen, in denen die nicht der Vertretung gesetzlich vorbehaltenen Aufgaben auf das verwaltungsleitende Organ oder in hauptamtlich verwalteten Gemeinden auf den Hauptausschuß übertragen sind, liegt die Zuständigkeit für die Bildung eines Seniorenbeirats zunächst dort. Da es sich um eine wichtige Entscheidung handelt, kann die Vertretung diese jedoch jederzeit an sich ziehen und über die Einrichtung eines Seniorenbeirats selbst beschließen (§ 27 Abs. 1 Satz 2 GO, § 22 Abs. 1 Satz 2 KrO, § 10 Abs. 1 Satz 3 AO). Der Einzelbeschluß oder die Verwaltungsentscheidung über die Bildung eines Seniorenbeirats sollte entsprechend den für Satzungen geltenden Bekanntmachungsregelungen der Hauptsatzung örtlich bekanntgemacht werden.

2 Die Zweckmäßigkeit oder Notwendigkeit der Einrichtung eines Seniorenbeirats ist nach den örtlichen Gegebenheiten zu beurteilen. Für amtsangehörige Gemeinden dürfte die Bildung nur in Ausnahmefällen sinnvoll sein. In diesem Bereich ist eine Bildung auf Amtsebene anzustreben. Denkbar ist auch die zeitlich befristete Einrichtung von Seniorenbeiräten zur Begleitung von aktuellen seniorenrelevanten Maßnahmen.

Mit Vorsicht zu lesen, da nicht in allen Punkten aufgrund Änderungen der GO noch aktuell.

3 Für die Bildung eines Seniorenbeirats gebe ich folgende Einzelhinweise:

3.1 In den Seniorenvertretungen sollen ältere Bürgerinnen und Bürger ihre Belange selbst zum Ausdruck bringen, da sie ihnen unmittelbar und durch eigene Erfahrung bekannt sind. Im Seniorenbeirat sollten daher ausschließlich Bürgerinnen und Bürger tätig sein, die das 60. Lebensjahr vollendet haben. Die Mitgliederzahl des Seniorenbeirats sollte so bemessen sein, daß einerseits eine ausreichende Legitimation zur Wahrnehmung der Seniorenprobleme vorhanden ist, andererseits aber die Arbeitsfähigkeit des Gremiums nicht durch eine zu hohe Mitgliederzahl beeinträchtigt wird.

3.2 Für das Wahlverfahren werden nachstehend einige Möglichkeiten dargestellt, aus denen sich nach den örtlichen Bedürfnissen auch Mischformen bilden lassen. Welcher Weg zur Bildung eines Seniorenbeirats eingeschlagen wird, hängt u.a. davon ab, welche Vorformen – Seniorenclubs in Bürgerhäusern etwa – bereits arbeiten. Die Zusammensetzung des Seniorenbeirats soll mit Wohlfahrtsverbänden, Gewerkschaften, kirchlichen Gruppen und natürlich mit den bestehenden Zusammenschlüssen von Senioren frühzeitig erörtert werden. Männer und Frauen sollten in den Seniorenbeiräten angemessen vertreten sein.

3.2.1 Wahl durch eine Versammlung der über 60jährigen Bürgerinnen und Bürger (Einwohnerinnen und Einwohner) aus der Mitte der Versammlung.

3.2.2 Bestellung durch die Vertretung aus einer nach Nummer 3.2.3 zustande gekommenen Vorschlagsliste, die der Vertretung eine Auswahl aus einer etwa das Doppelte der Mitgliederzahl des Seniorenbeirats umfassenden Kandidatenzahl gestattet.

3.2.3 Unmittelbare Wahl durch die über 60jährigen Bürgerinnen und Bürger (oder Einwohnerinnen und Einwohner), wobei größere kommunale Körperschaften in Stimmbezirke eingeteilt werden sollten, in denen ein der Anzahl der Stimmbezirke entsprechender Anteil der Mitglieder des Seniorenbeirats gewählt wird. Wahlvorschläge könnten aus dem Kreis der Wahlberechtigten und/oder von den in der kommunalen Körperschaft vorhandenen und für eine Vertretung von Seniorenbelangen in Betracht kommenden Organisationen gemacht werden. Für die nicht von den Organisationen benannten Kandidatinnen und Kandidaten kann eine gewisse Anzahl von Unterstützungsunterschriften der Wahlberechtigten gefordert werden. Das Wahlverfahren sollte so gestaltet sein, daß im Seniorenbeirat auch die Heimbeiräte und Heimfürsprecherinnen oder Heimfürsprecher vertreten sind.

3.3 Soweit eine Festlegung der Aufgaben des Seniorenbeirats beabsichtigt ist, könnten hierfür z.B. folgende Tätigkeitsfelder in Betracht kommen:

- Erarbeitung und Anregung von Lösungsvorschlägen, etwa in Sozial-, Gesundheits-, kulturellen, Bau- und Verkehrsfragen;
- Stellungnahmen zu einzelnen Planungen;
- Kontakt und Zusammenarbeit mit bestimmten Institutionen der Altenhilfe einschließlich der Unterstützung der Heimbeiräte;
- Öffentlichkeitsarbeit im Rahmen gegebener Möglichkeiten, z.B. auch Sprechstunden;
- Vertretung regionaler Interessen in überregionalen Seniorenorganisationen.

4 Dem Seniorenbeirat sollten durch Vertretung und Verwaltung eigene Beteiligungs-, Mitwirkungs- und Informationsmöglichkeiten eingeräumt werden, soweit dies rechtlich zulässig ist. Hierbei ist grundsätzlich zu berücksichtigen, daß es sich bei den Seniorenbeiräten um Gremien handelt, die nicht Teil der kommunalverfassungsrechtlich vorgegebenen Organisation der kommunalen Körperschaft sind.

Das geltende kommunale Verfassungsrecht läßt folgende Möglichkeiten einer Beteiligung der Seniorenbeiräte zu, wobei die im folgenden aufgeführten einzelnen Möglichkeiten einer Einbindung des Seniorenbeirats in die Willensbildung und die Verwaltungsabläufe der kommunalen Körperschaft keine abschließende Aufzählung darstellen, sondern Anhaltspunkte für eine den gegenseitigen Interessen gerecht werdende Zusammenarbeit zwischen dem Seniorenbeirat und der kommunalen Körperschaft bieten sollen.

4.1 Vertretung und Verwaltung können in jeder Phase der Entscheidungsfindung Stellungnahmen des Seniorenbeirats einholen.

4.2 Vertretung und Ausschüsse können den Vorsitzenden oder in speziellen Fragen kundige andere Mitglieder des Seniorenbeirats als Sachverständige hinzuziehen oder anhören (§ 16 c Abs. 2, § 46 Abs. 11 Satz 1 GO, § 16 b Abs. 2, § 41 Abs. 11 Satz 1 KrO, § 10 a Abs. 5, § 24 a AO). In Anwendung der Sachverständigenregelung könnten auch im Einzelfall gemeinsame Sitzungen von Ausschüssen mit dem Seniorenbeirat stattfinden. Die Mitglieder des Seniorenbeirats dürfen sich allerdings in diesen Fällen an der abschließenden Beratung und Beschlussfassung nicht beteiligen und bei nichtöffentlicher Sitzung daran auch nicht teilnehmen.

4.3 Vertretung und Verwaltung können dem Seniorenbeirat nach Entscheidung der zuständigen Gremien Informationen und Unterlagen (z.B. Sitzungsvorlagen, Sitzungsprotokolle, Aktenauszüge) zukommen lassen, soweit diese nicht vertraulich zu behandeln sind. Aus besonderem Anlaß können Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung auf Wunsch des Seniorenbeirats an dessen Sitzungen teilnehmen und dort beratend zur Verfügung stehen.

- 4.4 Soweit in § 16 a GO eine Unterrichtung der Einwohnerinnen und Einwohner durch die Bürgermeisterin oder den Bürgermeister, die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Vertretung oder die Ausschußvorsitzenden vorgesehen ist, sollte primärer Adressat dieser Unterrichtung in seniorenenrelevanten Fragen der Seniorenbeirat der Gemeinde sein. Dies gilt entsprechend für Kreise und Ämter.
- 4.5 Der Seniorenbeirat kann auf Tagesordnungspunkte in Sitzungen der Vertretung und der Ausschüsse, die für ältere Menschen von Interesse sind, besonders aufmerksam gemacht werden. Er kann in Einwohnerfragestunden vor der Sitzung hierzu Vorschläge und Anregungen unterbreiten (§ 16 c Abs. 1 GO, § 16 b Abs. 1 KrO, § 24 a AO).
- 4.6 Bei Bedarf können seniorenenrelevante Probleme durch innerorganisatorische Maßnahmen bei einer zentralen Anlaufstelle zur Unterrichtung des Seniorenbeirats und ggf. zur Weitergabe von Material an diesen gebündelt werden.
- 4.7 Die Arbeit der Seniorenbeiräte kann im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten der Kommune und unter Beachtung der haushaltsrechtlichen Vorschriften durch sächliche und personelle Mittel unterstützt werden.
- 5 Die kommunalverfassungsrechtlichen Grenzen einer Beteiligung ergeben sich daraus, daß der Seniorenbeirat auch bei einer Bildung durch die kommunale Körperschaft weder Teil der Vertretung noch der Verwaltung ist. Er oder seine Mitglieder können daher nicht die Rechte geltend machen oder zugebilligt erhalten, die Mitgliedern der Vertretung oder der Ausschüsse kommunalverfassungsrechtlich zustehen (Antrags-, Rede-, Stimmrecht in den Sitzungen der Vertretung und der Ausschüsse, spezielles Akteneinsichts- und Auskunftsrecht gegenüber der Verwaltung). Ein Rechtsanspruch auf Verwaltungsinformationen oder auf die Überlassung von Verwaltungsunterlagen über die gesetzlich normierten Ansprüche hinaus (z.B. aus § 41 Abs. 3 GO) besteht nicht und kann dem Seniorenbeirat auch durch die Vertretung nicht eingeräumt werden. Ob und in welchem Umfang dem Seniorenbeirat Verwaltungsinformationen und -unterlagen zur Verfügung gestellt werden, entscheiden die Verwaltungsorgane, insbesondere die für den Geschäftsgang und die sachliche Aufgabenerledigung zuständige Bürgermeisterin oder der Bürgermeister (Landrätin oder Landrat, Amtsvorsteherin oder Amtsvorsteher). Es steht den Verwaltungsorganen frei, dem Seniorenbeirat unter Beachtung der Datenschutz- und der sonstigen Vertraulichkeitsvorschriften den Zugang zu Verwaltungsinformationen zu eröffnen und die Arbeit des Seniorenbeirats verwaltungsmäßig zu unterstützen.
- 6 Die Entwicklung eines seniorenenpolitisch erwünschten Gestaltungsspielraums der Seniorenbeiräte gegenüber der Vertretung mit ihren Ausschüssen und gegenüber der Verwaltung wird entscheidend von der Bereitschaft und dem Willen abhängen, die Seniorenbeiräte in das Handeln der kommunalen Körperschaft einzubeziehen. Ich bitte daher die Gemeinden, Kreise und Ämter, der Einrichtung von Seniorenbeiräten aufgeschlossen gegenüberzustehen, vorhandene Seniorenbeiräte in ihrer Arbeit zu unterstützen und sie im Rahmen des rechtlich Zulässigen in die Willensbildung und in die Entscheidungsprozesse der Verwaltung einzubeziehen. Die Zusammenarbeit mit dem Seniorenbeirat sollte von der Überzeugung getragen sein, daß es nicht nur darum geht, die Rahmenbedingungen für den Einfluß der älteren Mitbürgerinnen und Mitbürger auf die kommunal- und gesellschaftspolitische Gestaltung im örtlichen Bereich zu verbessern, sondern auch darum, die Lebenserfahrung, den Sachverstand und die Urteilskraft der Älteren mehr als bisher zu berücksichtigen, sie für ein seniorengerechtes Handeln der Selbstverwaltungsgremien und der Verwaltung nutzbar zu machen und die kommunale Körperschaft damit letztlich vor Fehleinschätzungen und möglicherweise sogar vor Fehlentscheidungen zu bewahren. Hierbei ist es wünschenswert, daß der Seniorenbeirat durch gute Arbeitsbedingungen und Kooperationsbereitschaft der Vertretung und der Verwaltung die Möglichkeit erhält, sich in der Öffentlichkeit als von der kommunalen Körperschaft anerkannter Partner darzustellen.
- 7 Im Zuge der weiteren Kommunalverfassungsreform wird geprüft werden, ob über die hier dargestellten Grenzen hinaus den Kommunen die Möglichkeit eröffnet werden soll, den Seniorenbeiräten weitergehende Mitwirkungsrechte einzuräumen. Die dafür zu beschließenden Gesetzesänderungen sollen an dem Prinzip der Freiwilligkeit hinsichtlich der Bildung von Seniorenbeiräten festhalten und es auch der Entscheidung der kommunalen Körperschaften überlassen, in welchem Umfang sie von den gesetzlich eröffneten Beteiligungsrechten Gebrauch machen.